



24. Juli 2024

**Regionalversammlung am 24. Juli 2024**  
**TOP 3 „Wo steht die Region Stuttgart am**  
**Ende der 6. Wahlperiode“**  
**Redebeitrag von Regionalrat Landrat a.D.**  
**Bernhard Maier**

**Anrede**

Das Thema kann man nicht ansprechen, ohne den  
Rückblick, wo kommen wir her?

Wir reden vom Anfang der 90er Jahre:

- Stuttgart war bei der Gemeindereform frag-los zu kurz gekommen
- Finanzielle Forderungen der Kernstadt an das Umland und deren Ausgleich standen im Vordergrund
- Neue Organisationsformen, wie Regionalkreis und gar Regionalstadt wurden diskutiert

- Das gegenseitige Misstrauen war groß: Der Stuttgarter OB Manfred Rommel hat gesagt: „Wer im Umland etwas werden will, der muss gegen Stuttgart sein“.

- Am Ende stand eine Arbeitsgruppe, die genau die heutige Region Stuttgart mit ihrem Aufgabenspektrum vorgeschlagen hat. Nur: ohne Direktwahl.

- Das Ergebnis war dann durch die damalige große Koalition das „Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart“ mit Direktwahl, aber als Listenwahl, mit Verkehrslastenausgleich, das mit Ergänzungen (ÖPNV-Pakt) heute unsere Geschäftsgrundlage darstellt.

Lassen Sie mich in Anbetracht der damaligen Situation, an die sich nur wenige erinnern, folgendes feststellen:

### **Die Gründung des Verbands Region Stuttgart**

1. Die Region Stuttgart heute ist eine Einheit. Das Misstrauen und die Skepsis sind weg, sie sind durch gemeinsame Arbeit der Erkenntnis gewichen, gemeinsame Interessen dieses einheitlichen Wirtschafts- und Lebensraumes in diesem Rahmen gemeinsam zu vertreten. Als Beispiel dafür nehme ich nur die IBA. Es wird auf unserer Ebene nicht mehr zwischen Stadt und Umland unterschieden. Dies ist die wichtigste Erkenntnis nach 30 Jahren VRS.

2. Der VRS ist ein Kommunalverband; er erfüllt gemeinsame kommunale Aufgaben und finanziert sie über kommunale Umlagen; er erfüllt Aufgaben, die die Leistungskraft der einzelnen Kommunen übersteigen; es gilt der Grundsatz der Subsidiarität. Angesichts seiner Bedeutung, die leider oft in der Öffentlichkeit übersehen wird, ist die Direktwahl angemessen, aber nicht als Listenwahl. Listenwahl ist eine Parteienwahl, sie mag für das Land und den Bund passen; Kommunalwahlen sind und bleiben Persönlichkeitswahlen, wer ein Mandat erhält, soll nicht die Partei, sondern der Wähler entscheiden; wir Freien Wähler halten das nach wie vor für einen

Stilbruch, der auch dem Ansehen der so gewählten Mandatsträger nicht förderlich ist.

## **Zur Aufgabenbilanz**

### **Planung**

Die Region ist keine Insel, sie wird von den weltweiten Ereignissen und Transformationsvorgängen der vergangenen Wahlperiode erfasst und muss sich darauf einstellen: Corona, Krieg in Europa, Versorgungslagen, Wirtschaftskrisen, Klima- und Unwetterereignisse.

Die Anforderungen an die Raumnutzung werden dadurch andere: der Wohnraummangel wird immer mehr zum Brennpunkt (wir schaffen nur noch Bruchteile des Bedarfs), Strukturwandel und Gewerbeflächen, Energiewende.

Planerische Abwägungsentscheidungen werden komplexer und konkurrieren mit der zunehmend kritischen, saturierten Haltung der Bevölkerung und damit der Gemeinden (Bürgerentscheide) zu Veränderungen.

An der Stelle wird deutlich, dass Regionalplanung zwar als Freihalteplanung funktioniert, nicht aber als Angebotsplanung. Hier ist auch eine Bewusstseinsveränderung erforderlich, zu der die Regionalversammlung ihren Teil beitragen muss. Festzuhalten bleibt: es fehlt nicht an geeigneten Flächen; die tatsächliche Verfügbarkeit von Wohnbau- und Gewerbeflächen ist zu gering. Erfolge wie in Mundelsheim und Weilheim sind wichtig aber zu wenig. Die Probleme werden sich, auch mit Auswirkungen auf das soziale Gefüge, zuspitzen.

Wenig hilfreich bei der planerischen Aufgabenerfüllung ist auch das Hineingrätschen des Landes bei Windenergieanlagen und PV mit unklaren und wechselnden Vorgaben. Das Land muss auch bei der Fortschreibung der Landesplanung den Kommunen und der Region Luft zum Atmen lassen: zu enge Leitplanken sind nicht geeignet, die Zukunftsfähigkeit der Region zu sichern.

Auch bei der regionalen Verkehrsplanung müssen wir leider die Unterschiede zwischen Angebotsplanung und Umsetzung erkennen. Ich weiß nicht wie viele Regionalversammlungen schon die Umsetzung eines durchgehenden Nord-Ost-Rings zur Stärkung des MIV und Entlastung des Regionskerns gefordert haben. Der politische Wille der gewählten Vertreter der Region scheitert aber regelmäßig am Umsetzungswillen des Landesverkehrsministers, der dem Autoverkehr, der nach wie vor 80% der Fahrten in dieser Auto- und Wirtschaftsregion bestreitet, keine Bedeutung beimisst. Leider auch ein trauriges Zeichen für die Grenzen unseres politischen Handelns.

## **ÖPNV**

Im Gegensatz zur Planung sind wir beim Verkehr unmittelbarer Aufgabenträger für die S-Bahn und den regionalbedeutsamen ÖPNV. Der Zustand der S-Bahn ist desaströs, nie waren die Unpünktlichkeit und die Zugausfälle größer, das Rückgrat des ÖPNV in der Region schwächelt. Der Grund ist trotz regelmäßiger Steigerung der Fahrgelder, die jahrelange Vernachlässigung der Infrastruktur durch die Bahntochter zu der wir keine Vertragsbeziehungen haben. Hinzukommen zahlreiche Bauvorhaben auch im Zusammenhang mit S 21. Mit der Beschaffung der 58 neuen ET 430 haben wir einen gewaltigen Kraftakt zur Steigerung der Qualität der S-Bahn geleistet, um jetzt beim Hersteller eine zu späte und mangelhafte Auslieferung festzustellen.

Es ist für uns als Mandatsträger frustrierend, dass trotz aller Anstrengungen des Verbands als Aufgabenträger in der Vergangenheit (S 60, S40, 15-Min.Takt), die Schlechtleistung des Vertragspartners seit Jahren zu- und das Vertrauen der Fahrgäste abnimmt.

So sind wir derzeit dabei, mit dem Maßnahmenpaket zur Qualitätssteigerung für den Schienenknoten Stuttgart (ca 100 Mio €) das Angebot weiter auszuweiten. Das wird den Verband noch Jahre beschäfti-

gen und erhebliche Finanzmittel, auch kommunale Mittel, erfordern.

Entlastung und Qualitätssteigerung versprechen wir uns auch von der Fertigstellung von S 21 und natürlich der neuen Leit- und Sicherungstechnik ETCS. Wir sehen mit Sorge die Unsicherheiten bei der Finanzierung der letzten Ausbaustufe in den Außenästen, wie überhaupt das Finanzierungskonstrukt des ÖPNV mehr als fragil ist.

Wir haben über Jahrzehnte mit der Tarifhoheit im VVS die Balance zwischen öffentlichen Zuschüssen und Tarifeinnahmen und Leistung sichergestellt. (große Tarifreform). Mit dem umjubelten Deutschlandticket ist die Tarifhoheit auf Bund und Länder übergegangen, und wir im VVS stellen fest, dass wir nun bei 80% der Tarifeinnahmen zu Bittstellern geworden sind.

Der Bund kürzt die Regionalisierungsmittel, der Verkehrsminister hat vom Jubel auf Wehklagen umgestellt. Ohne eigene Landesmittel bereitzustellen, heißt sein Zauberwort „Nahverkehrsumlage“ d.h. die Kommunen sollen die Drecksarbeit einer neuen Steuer machen; niemand weiß wie es weitergeht, nur eines ist sicher: am Ende werden es die Kommunen als Aufgabenträger sein, die die Lücken schließen müssen, vom Ausbau des Angebots kann keine Rede sein.

Die überall beschworene Verkehrswende wird so jedenfalls nicht gelingen.

Der Blick nach vorne ist insofern mit großen Unsicherheiten belastet. Qualitätssteigerung des status quo steht dabei bei uns Freien Wählern im Vordergrund, wir müssen alle Kräfte bündeln, um das Vertrauen der Fahrgäste zurückzugewinnen. Dies muss auch die Prämisse sein, bei der Vorbereitung der Ausschreibung für den neuen Verkehrsvertrag. Erweiterung der S-Bahn an den Außenästen kann man zwar planen, von einer Realisierung aber sind wir, bei all diesen Unsicherheiten, weit entfernt; ganz zu schweigen von einer Aufgabenträgerschaft

bei der Panoramabahn oder dem Nordkreuz, die die kommunalen Möglichkeiten weit überfordert.

### **Wirtschaftsförderung**

Auch bei der Wirtschaftsförderung wird die Einheitlichkeit kommunalen Handelns in diesem Wirtschafts- und Lebensraum sichtbar. Einst durch die Region gegründet, in der Hoffnung, dass sich die GmbH selber trägt, ist sie mittlerweile bei einem beachtlichen Zuschussbedarf von 12 Mio € angekommen. Trotzdem sagen wir: Sie ist notwendig und richtig. Herausragende Beispiele sind die Ansiedlung von Bosch in Renningen und das Gewerbegebiet Rosenloh in Weilheim. Gerade in Zeiten des Strukturwandels der Automotiv-Region, in Zeiten von KI und fortschreitender Digitalisierung und des Energiewandels, ist die Begleitung des Handels und Gewerbes lebenswichtig. Auch die Partnerschaft mit den Kommunen und Landkreisen hat sich bewährt, Wirtschaftsförderung auf regionaler Ebene bleibt eine Daueraufgabe.

### **Fazit und Danke**

Stillstand ist Rückschritt. Gerade in diesem dynamischen Wirtschafts- und Lebensraum ist geschlossenes kommunales Handeln, das in bestimmten Feldern die herkömmlichen Grenzen überschreitet, unersetzbar. Dafür steht die Region heute. Viele haben sich in der Vergangenheit diesen Zielen gewidmet, ihnen gehört unser Dank. Ich denke an all die Mandatsträger in 6 Amtsperioden, an unseren ersten Regionaldirektor Bernd Steinacher, an eine motivierte und leistungsbereite Verwaltung, die uns stets gute und fundierte Grundlagen für unsere Entscheidungen geliefert hat.

Ich danke auch ausdrücklich unserem amtierenden Vorsitzenden Thomas Bopp.

Er hat in schwieriger Zeit eine Lücke gefüllt, die sich an der Verbandsspitze aufgetan hat. Das hat nicht allen gefallen, war aber unausweichlich und erfolg-

reich. Sein das Ehrenamt weit übersteigender Einsatz für S 21, für die Ausstattung des Schienenknotens Stuttgart, für die IBA, für die Außenwirkung und Repräsentanz der Region sind herausragend und hinterlassen bleibende Spuren, auf denen sich die Zukunft bauen lässt.

Vieles wird sich deshalb auch hier an der Verbandsspitze mit der neuen Amtsperiode ändern, mit neuen Herausforderungen an die Beteiligten. Eines aber bleibt:

Wenn es die Region Stuttgart in dieser Form nicht gäbe, müsste man sie erfinden.

Ich wünsche allen Verantwortlichen in der Zukunft bei der Gestaltung unserer Region Stuttgart eine glückliche Hand.

### **Ihre Ansprechpartner**

Fraktionsvorsitzender und für den Rems-Murr-Kreis  
Oberbürgermeister a.D. Andreas Hesky  
Winnender Straße 88  
71334 Waiblingen  
andreas.hesky@outlook.de  
+49 151 18048008

Landkreis Böblingen und Sprecher im Verkehrsausschuss  
Landrat a.D. Bernhard Maier  
Tannenstraße 45  
71272 Renningen  
Tel. 07159-2733  
Fax 07159-401 162  
Mail buc.maier@web.de